

Gewerkschaftliche Rundschau

Zeitschrift des Zentralverbandes der Arbeitnehmer öffentlicher Betriebe und Verwaltungen

Mitglied des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften und des Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Erscheint alle 14 Tage.

Durch die Post bezogen vierteljährlich 1,50 Goldmark.
Anzeigen: Die Dreispaltene mm-Zeile 0,15 Mark.

Hauptgeschäftsstelle: Köln, Jülicher Straße 27.

Telefonnummer 212202.

Redaktionschuß: Montags vor Erscheinen.

25 Jahre im Dienste der christl. Arbeitnehmerbewegung

Am 1. Februar dieses Jahres kann unser Zentralvorsitzender Kollege Peter Dedenbach auf eine 25jährige hauptberufliche Tätigkeit im Dienste der christlichen Arbeiterbewegung zurückblicken.

In Köln-Poll, einem jetzt eingemeindeten Vororte der Stadt Köln geboren, lernte er schon als Kind den Kampf ums Dasein kennen. Sofort nach der Schulentlassung hieß es für ihn mit zum Unterhalte der Familie beitragen.

Als in den Gründungsjahren der christlichen Gewerkschaften noch mancher Arbeitnehmer aus Furcht vor Mahregelungen und sonstigen Nachteilen sich noch der Arbeitnehmerbewegung fernhielt, trat der junge Maschinenschreiber Dedenbach, in der Deutzer Waggonfabrik beschäftigt, dem christlichen Metallarbeiterverbände bei. Eine gute Auffassungsgabe, fleißige Mitarbeit und hoher Idealismus ließen ihn in der christlichen Gewerkschaftsbewegung, wie auch in den konfessionellen Arbeitervereinen bald hervortreten, so daß ihm im Jahre 1905 die Stelle eines Arbeitersekretärs in Neuf übertragen wurde. Diese Stellung jedoch, die zur damaligen Zeit, um die finanzielle Grundlage zu erhalten, mit allerlei kleintlichen Nebenarbeiten belastet war, sagte dem arbeitsfreudigen jungen Menschen nicht recht zu, so daß wir im folgenden Jahre Kollegen Dedenbach als ersten Sekretär des Ortskartells der christlichen Gewerkschaften in Köln finden. Es war keine leichte Aufgabe, die christlichen Gewerkschaften im öffentlichen und sozialen Leben in Köln zur Geltung zu bringen. Von den Genossen während bekämpft, fand die junge Bewegung in den bürgerlichen Kreisen, mit wenigen Ausnahmen, Ablehnung. Nur ein verhältnismäßig kleiner Teil der Arbeitnehmer stand treu zu ihr und hat schließlich das anscheinend nicht zu Erreichende doch erreicht: die Anerkennung der Arbeitnehmer als gleichberechtigter Faktor im sozialen und wirtschaftlichen Leben. Ausdruck fand diese Anerkennung durch die Wahl des Kollegen Dedenbach in das Stadtverordnetenkollegium in Köln im Jahre 1909, wo noch ein Arbeitervertreter in einem Stadtparlamente eine Seltenheit war.

Im Jahre 1911 trat Kollege Dedenbach von seiner Stellung als Kartellsekretär in Köln zurück und übernahm die Stelle eines Bezirksleiters in dem damaligen Hilfs- und Transportarbeiterverbände. Nachdem auf dem Verbandstage 1912 in Hannover der alte Sammelverband sich in vier

Verbände teilte, für die Berufsgruppen der Gemeindegärtner und Straßenbahner ein besonderer Verband zu gründen beschlossen war, wurde Kollege Dedenbach auf der Gründungskonferenz im November 1912 in Frankfurt am Main zu dessen Ersten Vorsitzenden gewählt. Die bisherigen Verbandstage unseres Verbandes, 1919 in Köln, 1922 in Würzburg, 1925 in Münster und 1928 in Leipzig haben dann diese Wahl jedesmal bestätigt. Seit 17 Jahren steht also Kollege Dedenbach an der Spitze unseres Verbandes.

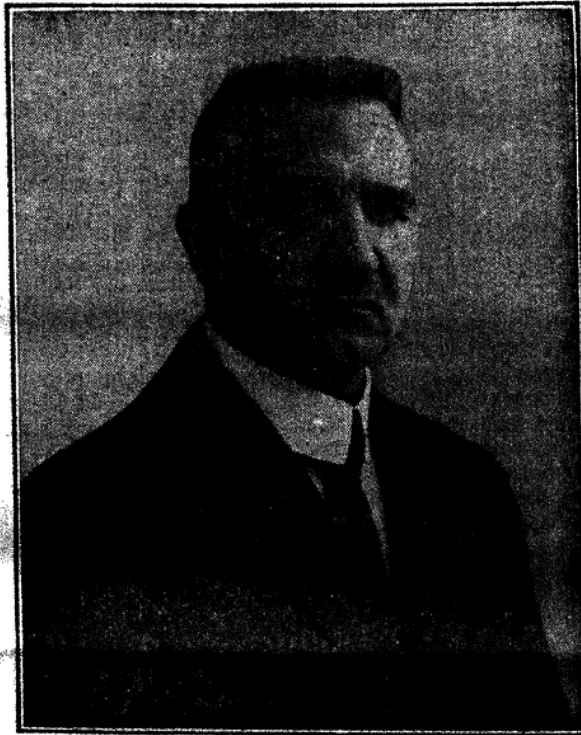
In seiner Eigenschaft als Angestellter der christlichen Arbeiterbewegung, als Stadtverordneter in Köln und als Mitglied des Vorläufigen Reichswirtschaftsrates, war sein Bestreben stets nur auf das eine Ziel gerichtet, das in ihn gesetzte Vertrauen zu rechtfertigen und die berechtigten Befange der Arbeitnehmer mit Klugheit und Entschiedenheit wahrzunehmen.

Trotz aller Enttäuschungen, die keinem der im öffentlichen Leben im Vordergrund steht, erspart bleiben, ist das Wirken und Arbeiten unseres Kollegen Dedenbach getragen von der festen Zuversicht, daß der endgültige Erfolg unserer guten Sache nicht ausbleiben wird. Dieser Gedanke hat ihm über manche schwierige Situation, über viele Widerstände hinweggeholfen. Wenn sich in der Zukunft Führer und Mitglieder treffen, werden wir auch über die

gegenwärtige schwere Zeit hinüberkommen. — Auch heute noch ist die Treue kein leerer Wahn, umso weniger in einer Bewegung, die auf gegenseitige Treue und Vertrauen aufgebaut ist und in ihr seine Fundamente hat, wie es in der christlichen Arbeiterbewegung der Fall ist.

Ohne diese guten Eigenschaften des christlichen Gewerkschaftlers hätte sich die Bewegung niemals durchsetzen können. Gegenüber den zahlreichen Gegnern von rechts und links in der Gründungszeit konnte sie sich nur durch festes gegenseitiges Vertrauen zwischen Führer und Mitglieder behaupten.

Unsere herzlichsten Glückwünsche zum Jubiläum unseres Vorsitzenden verbinden wir daher mit dem Versprechen, Vertrauen und Treue mit Treue und Vertrauen zu vergelten, in der Gewißheit, damit eine der schönsten Aufgaben des Gewerkschaftlers zu erfüllen.



Die Privatwirtschaft — Die öffentliche Hand

Es ist männiglich bekannt, daß das Reich in den letzten Monaten schwer im Dalles gewesen ist. Mehrmals, besonders im Dezember, bestanden starke Zweifel, ob es möglich sein werde, dem Beamten am Monatsende das fällige Gehalt zu zahlen. Die Banken unter Führung der Reichsbank weigerten sich, dem Reiche die erforderlichen Summen zu leihen, wenn nicht ganz besondere Sicherheiten geboten würden. So mußten stets wieder neu nach solchen Ausschau gehalten werden. Diesem Umstande ist das R ü n d h o l z m o n o p o l zu danken, wodurch die Belieferung Deutschlands mit Ründhölzern gegen Zahlung von 500 Millionen Mark seitens des schwedischen Truismagnaten Kreuzer erfolgt. Dielem Umstande ist z. T. auch die neue Z o l l - u n d S t e u e r g e s e t z g e b u n g zu danken, die Ende 1929 den Reichstag beschäftigte. Die Zollerhöhungen sind beschlossen. Die Steuererhöhungen werden folgen. Allerdings gehen über die Steuerarten die Meinungen innerhalb der Parteien noch sehr auseinander. Ja, das auffällige ist, daß im Interesse der Wirtschaft sogar Steuer senkungen vorgenommen werden sollen. Dafür würden andere Kreise dann umso mehr bluten müssen. „Indirekte Steuern“ sind ja angeblich „weniger fühlbar“. Ein netter Trost für größere Familien.

In gleichem Maße wie dem Reich haben die Banken auch den Ländern und Gemeinden die Freundschaft gekündigt. Der Reichsbankpräsident Dr. S c h a c h t hat sich immer mehr als Finanzdiktator entwickelt. Er hat den Ländern und Gemeinden die Hereinnahme ausländischer Anleihen völlig unterbunden und unmöglich gemacht. Damit will man die „öffentliche Hand“ zu einer sparsamen Wirtschaft zwingen. Die Folge ist, daß viele Gemeinden nun auch nicht ein noch aus wissen. Sie suchen jetzt an allen Ecken und Enden zu sparen. Mit der Beschränkung oder gar Einstellung der Bautätigkeit fing es an, dann folgten Straßenbau, Kanalbau und andere Betriebe. Kein Wunder, wenn das Heer der Arbeitslosen wieder so ungeheuer groß ist. Auch die Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe sind diesmal erheblich stärker beteiligt daran als in früheren Jahren. (Einzeln Reichs- und Landesämter haben im Januar über 1000 Angestellten gekündigt.)

Die Kapitalnot der Gemeinden wird nun von den Banken benutzt, um sich in steigendem Maße der öffentlichen Betriebe zu bemächtigen. In vielen Stellen ist man dabei, die städtischen Regiebetriebe in Aktiengesellschaften umzuwandeln. Auffällig dabei ist, daß das in besonderem Maße in Mitteldeutschland und in Sachsen der Fall ist. Also dort, wo die Sozialdemokratie und Kommunisten besonders stark vertreten sind, die doch angeblich die stärksten Verteidiger des Regiebetriebes sind.

Erinnert sei an die Vorgänge in Halle a. S. Als vor zwei Jahren der Plan auftauchte, die städtischen Werke und Straßenbahn in eine A.-G. zu verwandeln, winkte die sozialdemokratische Partei anfänglich ab. Da bot man dem Fraktionsvorsitzenden, Gewerkschaftssekretär S c h a u m b u r g, vom Verkehrsbund, einen Direktorposten an. Dann ließ der Widerstand der sozialdemokratischen Fraktion nach. Ja, aus dem Saulus wurde ein Paulus. In der Stadtverordnetenversammlung am 25. Juni 1929 wurde der Antrag auf Gründung der Aktiengesellschaft der städtischen Werke in Halle a. S. beraten. Der sozialdemokratische Stadtverordnete F l ü c h t, Ortsbeamter des Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes hatte den ehrenvollen Auftrag erhalten, an Stelle

des Fraktionsvorsitzenden Schaumburg (der ja als zukünftiger Direktor das nicht gut konnte), den Antrag zu befürworten und seine Annahme zu empfehlen. Er tat es mit dem Erfolge, daß der Antrag mit 33 gegen 20 Stimmen angenommen wurde. Die sozialdemokratische Partei stimmte mit 7 Stimmen für den Antrag, also für die Umwandlung der städtischen Betriebe in eine A.-G. Hätte sie dagegen gestimmt, wie es die beiden Stadtverordneten, die der christlichen Gewerkschaft angehören, taten, so wäre der Antrag mit 27 gegen 26 Stimmen abgelehnt worden. Die Verschlagung der Regiebetriebe in Halle kommt also tatsächlich auf das Konto der sozialdemokratischen Partei und vornehmlich der beiden genannten Gewerkschaftsführer.

* * *

Seit dem Hallenser Beschluß ist ein halbes Jahr ins Land gegangen. Die A.-G. ist am 1. Oktober 1929 ins Leben getreten. Inzwischen ist die städtische Straßenbahn in S w i t t a u in eine Aktiengesellschaft verwandelt worden. Die Stadt W e i ß e n hat ihre Werke an eine Privatgesellschaft verpachtet. Nunmehr ist auch in Dresden beschlossen worden, die Straßenbahn sowohl wie die G. W. - E. Werke in eine Aktiengesellschaft umzuwandeln. Die sozialdemokratische Fraktion stimmte geschlossen dafür.

* * *

Bei Betrachtung dieser Dinge fällt einem ein Doppeltes auf. Das ist einmal das Verhalten der sog. Wirtschaftsführer, zum anderen das Verhalten der Linksparteien. Was die ersteren anlangt, so verweisen wir auf „Die Deutsche Arbeiter-Zeitung“. Diese brachte in ihrer Nr. 3 d. J. einen Leitartikel, betitelt „Für ein selbständiges Unternehmertum“ mit dem Untertitel: „Freie Wirtschaft — freies Volk.“ Darin wird eine Rede zum Besten gegeben, die der Syndikus der Düsseldorfer Industrie- und Handelskammer, Dr. Wilden, am 3. Januar „vor zahlreichen Kammermitgliedern und Vertretern der Behörden und der Presse“ gehalten hat. Wir finden darin folgenden Satz: „Von zwei Seiten hauptsächlich kommen die Kräfte, die die freie Wirtschaft bedrängen: von außen durch die öffentlichen Körperkassen, die immer mehr Besitz von den Unternehmen ergreifen, von innen durch die Konzentration der Betriebe.“ Mit 20 Prozent gegen 8 Prozent vor dem Kriege seien die wirtschaftlichen Betriebe der öffentlichen Hand am Volksvermögen beteiligt. Erst in weitem Abstand folgten die anderen Länder.

Herrn Dr. Wilden ist doch gewiß bekannt, daß diese Entwicklung größtenteils zwangsläufig war, eine Folge des verlorenen Krieges. Die zahlreichen Heeresbetriebe und die Marinebetriebe mußten bis auf kleine Teile stillgelegt bzw. für private Produktion umgestellt werden. Dann gebot auch die ungeahnte Entwicklung der Elektrizität im Volksinteresse eine Beteiligung seitens einzelner Länder. Hinsichtlich der Gemeinden will uns aber nach den obigen Beispielen doch scheinen, daß Herr Dr. Wilden keinen Grund zur Klage hat und seinen Standpunkt revidieren muß.

Ebenso inkonsequent erscheint uns das Verhalten der Linksparteien in dieser Frage. Sie und ihre Presse sind angeblich eifrigste Verfechter des Regiebetriebes. Wenn es aber darauf ankommt, kann man auch anders. Theoretisch für, praktisch gegen den Regiebetrieb. Unsichere Kontonisten!
D.

Eintausend Mk. Unfallsterbegeld

zahlte der Verband an die Mutter des auf dem Wege zur Arbeit tödlich verunglückten Kollegen Arnold Sch. in Aachen. Ueber seinen Tod hinaus hat der Kollege durch seine Zugehörigkeit zum Verbands für seine 73jährige verwitwete Mutter gesorgt

Kartelle, Syndikate und Trusts

Täglich kann man im Handelsteil der Zeitungen die Kennzeichen der modernen Wirtschaft feststellen. Die Kennzeichen sind Zusammenschlüsse der verschiedensten Art. Entweder haben sich verschiedene Banken zusammengeschlossen und verschmolzen, um so eine große Bank darzustellen (Debi), oder in der Industrie hat ein Betrieb einen andern aufgekauft, oder man hat sich auf andre Weise geeinigt, und so entstand ein neuer großer Betrieb.

Noch im Mittelalter kannte man nur eine Wirtschaftsform. Erzeugung und Verbrauch fanden in einer Wirtschaft statt. Im vorigen Jahrhundert, zur Zeit des Liberalismus, wurden die Fesseln der Zunftverfassung abgeworfen. Die Folge davon war die freie Konkurrenz. Frei und rücksichtslos konnte jeder handeln und walten. Jeder konnte tun und lassen, was er wollte.

Wie und warum finden nun die Zusammenschlüsse in der Wirtschaft statt, und wie verhält sich die Arbeiterschaft den Zusammenschlüssen gegenüber?

Die loseste Art der Bindungen ist die Konvention. Konvention bedeutet soviel wie Übereinkunft, Abkommen oder Vertrag. Einige Betriebe setzen sich zusammen und schließen beispielsweise einen Vertrag ab über 3 Monate Ziel bei Zahlungen. Ebenso werden Verkaufs- und Versandbedingungen abgeschlossen. Verstößt einer der Vertragsschließenden gegen diese Bedingungen, wird er in eine Konventionalstrafe genommen.

Biel weitergehend sind schon die Bindungen bei den Kartellen. Die Kartelle sind Verbände innerhalb einer Branche, die die Alleinherrschaft auf dem Absatzmarkt erstreben. Sie gehen also auf das Monopol hinaus. Man arbeitet zwar noch mit eigenem Kapital, aber jeder Betrieb verliert schon einen Teil seiner Selbständigkeit.

Wir unterscheiden vier Arten von Kartellen: 1. Für die Preise die Preiskartelle. Hier werden Richtpreise festgesetzt. Jedes Mitglied verpflichtet sich, nicht unter diesen festgesetzten Preisen zu verkaufen. Die Grenzen sind also genau festgelegt. 2. Für die Aufteilung des Absatzgebietes bestehen die Gebietskartelle. Die Aufgaben dieser Kartelle sind, die Aufträge an die einzelnen Betriebe zu verteilen. Erhält z. B. ein Mitglied aus Düsseldorf einen Auftrag aus Breslau, so ist es Pflicht dieses Mitgliedes, diesen Auftrag an ein Mitglied weiterzuleiten, welches im Gebiet des Breslauer Kartellgebietes liegt, etwa nach Königshütte. Umgekehrt ist das Breslauer Mitglied verpflichtet, Aufträge, welche aus der Düsseldorfer Gegend kommen, an ein Düsseldorfer Mitglied weiterzuleiten.

Eine schon schwierigere Aufgabe fällt den Produktionskartellen zu. Diese Kartelle werden auch Kontingentierungs- oder Quotenkartelle genannt. Hier stellt man die Gesamtproduktionsmengen fest und verteilt dann die einzelnen Quoten an die angeschlossenen Betriebe. Nehmen wir also an, das Produktionskartell stellt fest, daß für das Jahr 1930 eine Gesamtmenge von 14 Millionen Tonnen Roheisen hergestellt wird, und 7 Werke sind dem Kartell angeschlossen, so wird diese Menge an diese 7 Werke verteilt. Hierbei wird natürlich Rücksicht genommen auf die Größe und auf die Verhältnisse der Betriebe. Betrieb I würde vielleicht 25 Prozent der Gesamtproduktion erhalten, dagegen der Betrieb VII etwa nur 4 Prozent.

Die vierte und letzte Art der Kartelle sind die Submissionskartelle. Submission bedeutet soviel wie Angebot oder an Ausschreibungen beteiligen. Man könnte das Kartell deshalb auch Angebots- oder Ausschreibungskartell nennen. Und so ist es auch in der Tat. Man beteiligt sich an öffentlichen Submissionen (Ausschreibungen), und alle Mitglieder reichen zu ein und demselben Preis ein. Dasjenige Mitglied nun, welchem der Auftrag zugesprochen wird, hat an alle anderen Mitglieder eine schon vorher festgesetzte Entschädigung zu zahlen. Beim Kölner Rheinbrückenbau war es so, daß 16 Firmen sich bei der Ausschreibung beteiligt hatten, u. a. auch Krupp und Gutehoffnungshütte. Die Firma, welche den Auftrag erhalten hat, mußte an sämtliche anderen 15 Firmen einen Betrag von 30 000 Mk. zahlen. Das machte eine Gesamtsumme von 450 000 Mark aus. Diese Summe hatten die einzelnen Firmen natürlich in ihrem Angebot einkalkuliert.

Kartelle höheren Ranges sind die Syndikate. Auch hier ist das Kapital noch selbständig, aber jeglicher Verkehr des einzelnen Betriebes mit der Kundschaft ist hier unterbunden. Hier ist eine einheitliche Preisgestaltung garantiert (Kasi). Jedes Kartell wird sich nun bemühen, sämtliche Betriebe der gleichen Branche zu erfassen. Tritt eine Firma nicht freiwillig bei, so

werden derartige Maßnahmen ergriffen, daß die Firma durch den Druck gezwungen wird, beizutreten. Derartige Maßnahmen sind beispielsweise die Sperren. Ist eine widerspenstige und hartnäckige Firma vorhanden, welche sich weigert, dem Kartell beizutreten, so bedarf es nur einer kleinen schriftlichen Mitteilung des Kartells an die Mitglieder, und die Sperre ist verhängt. Keine Bank, kein Lieferant und kein Kunde wird mit diesem Betrieb arbeiten, und schon nach kurzer Zeit ist der Starrsinn gebrochen, und die Firma meldet ihren Beitritt zum Kartell an. Einigt man sich mit der Auslandskonkurrenz, dann gründet man internationale Kartelle.

Außer den Kartellen haben sich noch Interessengemeinschaften gegründet. Diese Interessengemeinschaften können horizontal und vertikal sein. Die letztere, also die vertikale Interessengemeinschaft, ist die am häufigsten vorkommenste. In der Schwerindustrie geht die Gliederung folgendermaßen vor sich: Bergwerk, Hochofen-Roheisen, Stahlwerk, Walzwerk oder Drahtwerk, Maschinenfabrik bis zur Fertigungsindustrie. In der Textilindustrie ist es ähnlich: Urproduktion, Kämmerlei, Spinnerei, Färberei, Weberei, Ausrüstungsanstalt, Kleiderfabrik. Ähnlich sind in anderen Industrien (Holzindustrie, Papierindustrie) vertikale Interessengemeinschaften vorhanden. Die Interessengemeinschaft kann aus mancherlei Gründen errichtet worden sein. Sie kann sein eine Gewinnergemeinschaft, eine Personalgemeinschaft, eine Kapitalgemeinschaft und eine Produktionsgemeinschaft. Man wirft die bilanzmäßigen Gewinne zusammen, dann werden sie nach einem bestimmten Schlüssel auf die einzelnen Betriebe verteilt. Bei der Personalgemeinschaft werden die Aufsichtsratsmitglieder, ebenso die Vorstandsmitglieder gegenseitig ausgetauscht. In der Produktionsgemeinschaft einigt man sich auf ein bestimmtes Produktionsprogramm. Stellten bisher drei Betriebe, ein jeglicher Betrieb für sich, Autos, Lastwagen und Motorräder her, so erfolgt jetzt eine Spezialisierung derart, daß Betrieb 1 nur noch Autos, Betrieb 2 nur noch Lastwagen und Betrieb 3 nur noch Motorräder herstellt. Sind die Interessen so groß, daß alle Betriebe aufeinander angewiesen sind, so schreitet man zum letzten und bildet den Trust.

Beim Trust bleiben die einzelnen Betriebe an sich wohl bestehen, aber das Kapital ist verschmolzen mit dem Kapital der anderen Betriebe. Die Kundschaft wird bedient nur durch die Leitung des Trusts. Ein Beispiel für einen modernen Trust ist in Deutschland die I.G. Farbenindustrie.

Eine Fusion ist eine Verschmelzung horizontaler Art. Das heißt Brauerei, Brauerei und Brauerei, oder Bank, Bank und Bank verschmelzen sich. Der große Betrieb schluckt den kleinen Betrieb. Sind die Partner gleich stark, dann bildet sich eine neue Firma (Debi-Bank).

Wie stellen wir uns nun als Arbeiter zu der modernen Wirtschaftsercheinung? Wie ist unsere Stellungnahme zu Kartellen, Syndikaten, Trusts und Interessengemeinschaften? Kein Mensch, auch wir als Gewerkschaftler, lehnen diese Zusammenschlüsse grundsätzlich ab, aber die Vorteile dieser Zusammenschlüsse sollen allen daran Beteiligten, auch den Arbeitnehmern zugute kommen. Und Vorteile sind ohne Zweifel bei Zusammenschlüssen zu verzeichnen. Es schälen sich da hauptsächlich produktionstechnische, kaufmännische und finanzielle Vorteile heraus. Bei der Produktion vom Rohstoff zum Fertigfabrikat in einem Betrieb treten ungeheure Ersparnisse ein. Nüchle früher in der Schwerindustrie das Roheisen bis 1000 Grad im Hochofen erhitzt werden, dann im weit abgelegenen Stahlwerk nochmals und im Walzwerk zum drittenmal erhitzt werden, so erfolgt die Produktion heute durch einmalige Erhitzung. Transportkosten entstehen kaum. Sämtliche Abfallprodukte finden in einem großen Werk heute wieder Verwendung. Die abziehenden Gase werden heute wieder gebraucht zur Erzeugung neuer Kraft. Aus Teer werden Medikamente, Flieder usw. hergestellt. Man kann vier produktionstechnische Vorteile feststellen: 1. Ersparnis der Erhitzung, 2. durch die Verwendung der Abfallprodukte, 3. die Spezialisierung der Arbeitsteilung, 4. Verkürzung der Transportkosten. Die kaufmännischen Vorteile liegen hauptsächlich auf dem Gebiet der Rohstoffbeschaffung und des Warenabfahes. Die finanziellen Vorteile sind hauptsächlich auf dem Gebiet des Steuerwesens zu verzeichnen. Jedweder Umsatz erfordert 4 Prozent Umsatzsteuer. Wenn die Betriebe isoliert dastehen, müssen Umsatzsteuern mehrfach bezahlt werden. Sehen alle Betriebe zusammen und bilden ein Ganzes, so wird sie nur einmal bezahlt, denn Produkte, welche im

selben Betrieb weiterverwendet werden, sind nicht umsatzsteuerpflichtig. Privatwirtschaftliche Vorteile ergeben sich aus der Monopolstellung, die dem Betrieb zukommt. Der Reingewinn wird bedeutend größer.

Genau so wie man die Vorteile der Kartellbildung betrachtet, muß man auch die kolossalen Gefahren und Nachteile derselben kennen. Die erste Gefahr liegt in der Monopolstellung der Kartelle. Sie geht aus auf Verbraucherausnutzung. Man ist frei in der Preisgestaltung, Mißbräuche sind an der Tagesordnung. Eine rücksichtslose Preisdiktatur hat eingesetzt. Im Jahre 1923 erließ deshalb die Regierung eine Kartellordnung gegen den Mißbrauch der Monopolstellung. Die zweite Gefahr ist die der Betriebsstilllegungen. Man laßt Außenleiter auf und verhängt Sperren. Man laßt den Betrieb nicht, um mit ihm zu arbeiten, sondern um die Quote zu erhalten, welche der Betrieb bisher produzierte. Die Folge für die Arbeiterschaft ist Betriebsstilllegung, Kündigung und Entlassung. Außer diesen sozialen Gefahren kommt noch die Verschwendung des in den stillgelegten Werken investierten Kapitals in Betracht. Vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus gesehen, werden durch die Betriebsstilllegungen Millionenwerte vernichtet. Eine weitere Gefahr liegt darin, daß billige Auslandsverkäufe gar nicht zu den Seltenheiten gehören. Ein aggressives Vorgehen im Ausland setzt ein, und man unterbietet die ausländische Konkurrenz, indem man billiger verkauft als im Inland. Um den Ausgleich herzustellen, erhöht man die Preise im Inland. So ist festgestellt, daß Motore, Kall und Original englische Zigaretten in Belgien zum halben Inlandspreis verkauft werden. Eine gute Plaff-Nähmaschine kostet in Deutschland 180 Mark, in Buenos-Aires dagegen dieselbe Maschine trotz Transportkosten 150 Mark.

Solinger Stahlwaren sind beispielsweise in Belgien bedeutend billiger als in Deutschland.

Es wäre aber nun verkehrt, daß man jetzt das Kind mit dem Bade ausschütten wollte. Für die Arbeiterschaft taucht die Frage auf: Wie können die Kartelle ein Instrument im Dienste des Allgemeinwohls werden?

Augenblicklich dienen die Kartelle nur dem Wohle einiger weniger, und deren Wohl ist nur hohe Dividende. Die Arbeiterschaft hat drei Forderungen zu erheben, und zwar erstens Vertretung der Betriebsräte in den Kartellen unter Zusage unbedingter Parität. Diese Betriebsratsmitglieder müßten mit den gleichen Rechten ausgestattet sein wie die Leiter selbst, sonst wäre es doch nur ein halbes Mittel. Zu erwägen wäre fernerhin, ob es zweckmäßig ist, daß die Verbraucher auch noch Vertreter entsenden. Zweitens wäre zu fordern die Einrichtung eines Kontrollamtes. Dieses Kontrollamt wäre als selbständige Behörde dem Reichswirtschaftsministerium anzugliedern. Auch hier müßte die Besetzung paritätisch durch Arbeitgeber und Arbeitnehmer mit gleichen Rechten erfolgen. Dieser Körperschaft müßte das unbeschränkte Recht zustehen, Einsicht in Akten und Bücher zu nehmen. Die dritte Forderung wäre die Errichtung eines internationalen Kontrollamtes beim Völkerbund unter den gleichen Voraussetzungen. Der Zweck wäre Kontrolle der internationalen Kartellorganisation und Überprüfung der Geschäftspolitik der Monopole.

Unsere stärkste Gegenwirkung gegen die Auswüchse der Kartelle, Syndikate und Trusts ist nur eine organisierte Arbeiterschaft. Pflicht der Gewerkschaften hingegen ist es, zu verhindern, daß eine organisierte Industrie ein Staat im Staate wird.

P. J.

Die Finanzlage der Städte

Der Präsident des Deutschen Städtetages, Dr. Mulerk schreibt in dem soeben erschienenen Januarheft der Zeitschrift „Der Städtetag“ einen beachtenswerten Leitartikel, dem wir folgende Sätze entnehmen:

Neben dem außerordentlichen Etat liegt eine besondere Gefahrenquelle in der Zuspitzung des ordentlichen Etats. Die große Mehrzahl der deutschen Städte müßte bei einer Fortentwicklung der Verhältnisse im letzten Vierteljahr des Rechnungsjahres 1929 mit Defizitetas abschließen. Diese würden, da eine Abdeckung im nächsten Jahre bei der Gesamtsituation nicht erwartet werden kann, zur weiteren kurzfristigen Verschuldung führen. Wie zwangsläufig sich hier die Dinge entwickeln, zeigt am besten die Lage des Reichsetats, zeigt aber auch der preussische Haushaltsvoranschlag für das Jahr 1930. Zum ersten Male weist auch dieser einen erheblichen Fehlbetrag auf, trotzdem die Lage der Länderfinanzen unverhältnismäßig günstiger als die des Reichs und der Gemeinden sein muß, weil die Länder mit erheblichen Ausgaben für soziale Zwecke nicht belastet sind. Die Gemeinden aber stehen der Steigerung ihrer Wohlfahrtslasten fast machtlos gegenüber. Ständig wächst die Zahl der Wohlfahrtserwerbslosen d. h. derjenigen Arbeitslosen, die aus der Arbeitslosenversicherung und der Krisenfürsorge ausgeschlossen oder nicht erst in sie eingetreten sind. Allein im dritten Vierteljahr 1929 sind die laufend unterstützten Wohlfahrtserwerbslosen in den Städten mit mehr als 50 000 Einwohnern um 30 000 angewachsen. Sie fallen in vollem Umfange den Gemeinden zur Last. Schon heute sieht fest, daß sich daraus für die großen Städte Mehraufwendungen ergeben werden, die für die einzelne Stadt bis zu 5 Millionen Mark ausmachen werden. Dieses Anschwellen ihrer Haushaltsfehlbeträge können und wollen die deutschen Städte nicht mit ansehen. Einsparungen im Etat, die in erster Linie mit aller Kraft angestrebt werden, sind, wie jeder Kenner weiß, bei der jetzigen Lage und der reichsgegliederten Aufgabenverteilung enge Grenzen gezogen. Ein dringender Appell an die Reichsregierung, die wachsende Last der Wohlfahrtserwerbslosen mit den breiteren Schultern des Reichs tragen zu helfen, steht unmittelbar bevor. Soweit dadurch aber nicht der Ausgleich im Haushalte erreicht werden kann, wird es Pflicht aller Gemeinden sein, durch Erhöhung ihrer Einnahmen diesen Ausgleich herbeizuführen. Daß es sich hierbei um eine überaus schwierige und verantwortliche Aufgabe handelt, bedarf keiner Ausführung. Stehen doch heute den

Gemeinden, da ihnen ein wirklicher ausreichender, beweglicher Faktor immer noch fehlt, lediglich die Tarife und die Realsteuern zur eigenen Beschlussfassung zur Verfügung. Die Entwicklung der gemeindlichen Etats zeigt nunmehr wohl auch den Abseitsstehenden, wie dringlich, ja unerlässlich die Erfüllung der Forderung nach ausreichenden beweglichen Einnahmefaktoren für die Gemeinden ist.

Das aus der eigenen Verantwortlichkeit der Gemeinden geborene Handeln geht noch weiter. Die Städte wollen ihre wirtschaftlichen Betriebe in wirtschaftlicher und technischer Hinsicht auf volle Höhe bringen und dort erhalten. Dabei sind sie sich darüber klar, daß der Umfang ihrer wirtschaftlichen Betätigung in Einzelfällen, je nach den örtlichen Bedürfnissen, überprüft werden muß, daß es aber darauf ankommt, die kommunalpolitisch wichtigen Betriebe um so gesünder zu erhalten. Der Vorstand des Deutschen Städtetages hat deshalb beschlossen, in Ergänzung der bereits in großer Zahl bestehenden Einzleinrichtungen eine regelmäßige, eine systematische Revision der Gemeindebetriebe zu organisieren, die nicht nur die sachtechnische und rechnungsmäßige Kontrolle, sondern vor allem auch eine wirtschaftliche und technische Begutachtung umfassen soll. Diese revidierende und begutachtende Tätigkeit soll sowohl den vom kaufmännischen Standpunkt zu stellenden Anforderungen wie auch den besonderen sozialen Aufgaben, die die Gemeindebetriebe grundsätzlich von einem Privatbetriebe unterscheiden, Rechnung tragen. Die Erfahrungen, die bei einem Betriebe gemacht werden, werden auf diese Weise der Gesamtheit der gemeindlichen Betriebe mit den sich aus den örtlichen und sonstigen Unterschieden ergebenden Einschränkungen nutzbar gemacht werden können. Die Städte erblicken hierin eine besonders bedeutsame organisatorische Aufgabe, die über die allgemeine Rechnungskontrolle an Bedeutung noch weit hinausgeht. Mit der Uebernahme dieser Aufgabe wollen sie in besonderem Maße den Bedürfnissen der Bevölkerung dienen. Wenn Vorkommnisse im Einzelfalle berechtigten Anlaß zur Kritik gegeben haben, so werden solche Fälle in keiner Weise von uns beschönigt. Wir glauben aber, daß die Öffentlichkeit aus dem praktischen Handeln in kurzer Zeit die Ueberzeugung gewinnen wird, wie ernst die deutschen Städte gerade in der jetzigen schweren Zeit es mit ihrer Verantwortlichkeit und Selbstverantwortung nehmen.

Beiträge und Leistungen der staatlichen Invalidenversicherung

Schon fast sämtliche Arbeiter der Invalidenversicherungspflicht unterliegen, Woche für Woche ihre Beiträge zu leisten haben, besteht doch in weiten Kreisen eine sehr große Unkenntnis über das Beitragswesen und die Leistungen der Invalidenversicherung.

Die gesetzliche Invalidenversicherung wurde 1889 errichtet. Versicherungspflichtig ohne Rücksicht auf die Höhe des Lohnes und das Alter sind: Dienstboten, Lehrlinge (diese nur, wenn sie geldliche Entschädigung erhalten), Arbeiter, Gesellen, Gehilfen. Freiwillig beitreten können unter 40 Jahren Gewerbetreibende und andere Betriebsunternehmer, die in ihren Betrieben regelmäßig keine oder höchstens zwei Versicherungspflichtigen beschäftigen; ferner Personen, die nur gegen freien Unterhalt oder in vorübergehenden Dienstleistungen beschäftigt sind.

Nach der Höhe des wöchentlichen Arbeitsverdienstes sind für die Versicherten folgende Lohn- und Beitragsklassen gebildet:

Lohnklasse	Wöchentlicher Arbeitsverdienst	Wochenbeitrag RM.
I	bis zu 6 RM.	0,30
II	mehr als 6 bis zu 12 RM.	0,60
III	mehr als 12 bis zu 18 RM.	0,90
IV	mehr als 18 bis zu 24 RM.	1,20
V	mehr als 24 bis zu 30 RM.	1,50
VI	mehr als 30 bis zu 36 RM.	1,80
VII	über 36 RM.	2,00

Die Beiträge werden je zur Hälfte vom Versicherten und zur Hälfte vom Arbeitgeber bestritten. Bei der Selbstversicherung und Weiterversicherung sind Beiträge in der dem jeweiligen Einkommen entsprechenden Lohnklasse, mindestens aber in der Lohnklasse II zu entrichten. Für Versicherte, deren wöchentliches Entgelt 6 RM. nicht übersteigt, hat der Arbeitgeber die vollen Beiträge zu entrichten.

Die Leistungen bestehen in der Gewährung von Heilverfahren zur Verhütung von vorzeitiger Invalidität und Invalidenrente erhält jeder über 65 Jahre alte Versicherte ohne Rücksicht, ob er schon invalide ist oder ob er noch einem Erwerb nachgeht. Ohne Rücksicht auf das Lebensalter wird die Invalidenrente jedem Versicherten gezahlt, der infolge von Krankheit (nach 26 Wochen) oder anderen Gebrechen invalide ist. Als invalide gilt, wer nicht mehr imstande ist, ein Drittel dessen zu erwerben, was körperlich und geistig gesunde Personen derselben Art durch Arbeit zu verdienen pflegen.

Voraussetzung für Gewährung der Invalidenrente ist die Leistung von mindestens 200 Beitragswochen, wenn davon mindestens 100 Pflichtbeiträge geleistet wurden, sonst 500 Beitragswochen. Außerdem muß die Anwartschaft erhalten geblieben sein.

Die Invaliden- oder Altersrente setzt sich zusammen aus der Grundrente, die für alle Klassen beträgt 168 RM. Hinzu tritt ein aus Reichsmittel zu leistender Zuschuß von 72 RM. pro Jahr. In diesen Beträgen kommt gegebenenfalls ein Kinderzuschlag von 120 RM. für jedes unterhaltungsberechtigzte Kind. Ferner kommt der Steigerungsfuß hinzu, der sich in seiner Höhe richtet nach der Zahl und Höhe der geleisteten Wochenbeiträge. Als Steigerungsbetrag werden für alle nach dem 1. Januar 1924 geleisteten Beiträge 20 Prozent des Wertes gerechnet. Die Steigerungsbeträge für alle bis zum 30. September 1921 gezahlten Beiträge betragen in den früheren

Lohnklassen	I	II	III	IV	V	Steigerungsbetrag
	4 §	8 §	14 §	20 §	30 §	"

Beispiel für die Rentenberechnung.

Angenommen ist ein invalide gewordener Arbeiter mit einer Beitragsleistung von insgesamt 1600 Beitragswochen und zwar:

a) Beiträge, geleistet vor dem 30. September 1921.

In der Beitragsklasse	I	II	III	V
	200 Stück	600 "	150 "	450 "

b) Beiträge, geleistet nach dem 1. Januar 1924:

Der jetzigen Lohnklasse	III	V	VII
	50 zu je 0,90 RM.	50 zu je 1,50 RM.	150 zu je 2,00 RM.

Die Jahresrente würde in diesem Falle betragen:

a) Grundrente 168,00 RM.
 b) Reichszuschuß 72,00 RM.
 c) Steigerungsbetrag:

Für Beiträge vor dem 20. 9. 21:			
200 × 4 §	=	8,00 M	
600 × 8 §	=	48,00 M	
150 × 14 §	=	21,00 M	
450 × 30 §	=	135,00 M	212,00 M
Für Beiträge nach dem 1. 1. 24:			
50 zu je 0,90 M	=	45,00 M	
50 zu je 1,50 M	=	90,00 M	
150 zu je 2,00 M	=	300,00 M	
		Zus. 435,00 M	87,00 M

Davon 20 Prozent des Wertes 87,00 M

Die Gesamtrente betrüge demnach 539,00 M pro Jahr oder 44,90 RM. pro Monat, wozu gegebenenfalls noch Kinderzuschläge von je 120 RM. pro Jahr oder 10 RM. pro Monat kämen.

Wie aus diesem Beispiel ersichtlich, hat ein Versicherter, der 1600 Beitragsmarken geleistet hat, wozu rund 31 Jahre erforderlich sind, eine verhältnismäßig recht geringe Rente zu erwarten. Nicht etwa wenn er berufsuntfähig geworden ist, sondern nur bei Vollendung des 65. Lebensjahres oder bei mindestens zwei Drittel Vollinvalidität.

Durch die Inflation ist das Vermögen der Landesversicherungsanstalten zum allergrößten Teile vernichtet, wodurch eine wesentliche Steigerung der Renten aus Mitteln der Invalidenversicherung verhindert wurde.

Der Gerechtigkeit würde es gewiß nicht widersprechen, wenn auch die wohl erworbenen Rechte der Arbeiter genau so beachtet würden, wie die wohl erworbenen Rechte der Beamten hinsichtlich ihrer Pensionsansprüche. Wenn auch die gesetzlich rechtlichen Verhältnisse nicht in beiden Fällen die gleichen sind, vom moralischen, sittlichen Standpunkte aus gibt es hier keinen Unterschied.

In anbetracht der geringen Rente aus der Invalidenversicherung war es stets das Bestreben unseres Verbandes, die Arbeiter der öffentlichen Betriebe durch Errichtung von Ruhe-Lohnklassen in ihrer Invaliden- und Altersversorgung mit den beamteten Arbeitnehmern gleich zu stellen. In mehreren Städten ist dieses in vorbildlicher Weise geschehen, während für viele Kollegen die Versorgung noch vieles zu wünschen übrig läßt.

Bei der sehr beschränkten Finanzlage des Reiches und der Gemeinden, wie auch der übrigen öffentlich rechtlichen Körperschaften wird in nächster Zeit der weitere Ausbau der Invalidenversicherung voraussichtlich recht langsam vor sich gehen.

Deshalb ist es ein Gebot der Stunde, daß die Arbeiterschaft selbst die unzulängliche staatliche Hilfe durch die Selbsthilfe zu ergänzen sucht. Der größte Teil der deutschen Gewerkschaften hat bereits derartige Ergänzungseinrichtungen getroffen und auch unser Verband wird in nächster Zeit diese Aufgabe zu meistern haben.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik

Eine Entscheidung des Reichsarbeitsministers über die Entlohnung der Wohlfahrtsarbeiter

Die Wohlfahrtsarbeiter von Groß-Solingen hatten beim Arbeitsgericht gegen die Stadt Solingen Klage auf Zahlung der vollen Bauarbeiterlöhne von 1,09 Pfennig je Stunde gegenüber einem bestehenden Lohn von 0,69 Pfennig pro Stunde eingereicht. Das Solinger Arbeitsgericht hat sich darauf an den Reichsarbeitsminister gewandt mit der Bitte um eine gutachtliche Äußerung bezüglich des Geltungsbereiches der Bauarbeitertariflöhne. Das Gutachten besagt dem Inhalte nach

folgendes: Es kommen für die Bezahlung des Tariflohnes nur solche Arbeiter in Frage, die in einem festen Arbeitsverhältnis als Staats- oder Gemeindearbeiter stehen. Nichtständige Arbeiter, die von der Gemeinde beschäftigt werden, haben keinen Anspruch auf den Tariflohn des Bauarbeitertarifes. Daraufhin hat das Solinger Arbeitsgericht die Klage der Wohlfahrtsarbeiter abgewiesen. Die Stadt Solingen hatte außerdem darauf hingewiesen, daß die Zahlung der vollen Bauarbeiterlöhne völlig untragbar sei und eine Einstellung sämtlicher Arbeiter zur Folge haben würde.

Wir geben die Entscheidung des Reichsarbeitsministers ohne Kommentar wieder.

Bezirks- und Ortsgruppenberichte

München. Unsere Ortsgruppe hielt am 17. Januar ihre diesjährige statt besuchte Generalversammlung ab. Kollege Sauer mann gab in seinem Geschäftsbericht ein Bild der wirtschaftlichen Lage des Jahres 1929, die in einer Steigerung der Arbeitslosigkeit auf nahezu 2 Millionen einen für die Arbeiterschaft ungünstigen Ausdruck fand. Auch die öffentlichen Betriebe gehen mehr und mehr dazu über, Einschränkungen vorzunehmen und die Arbeiterzahl zu vermindern. Die Sozialpolitik des Jahres 1929 war trotz Bestehens eines ausschlaggebenden sozialdemokratischen Einflusses sehr negativ. Im Gesetz über die Arbeitslosenversicherung und Arbeitsvermittlung mußten sogar erhebliche Verschlechterungen in Kauf genommen werden.

Die Tariffbewegungen des Verbandes richteten sich auf die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen der Reichs-, Staats- und Gemeindefunktionäre, der Sanatorien und anderen Anstalten. Für alle Arbeitnehmergruppen konnten wesentliche Verbesserungen erzielt werden. Durch Schaffung einer Versorgungskasse konnten auch die bayerischen Staatsarbeiter in den Kreis derer gezogen werden, die bei Arbeitsunfähigkeit mit einer Zulage rechnen können.

Die Ortsgruppe entwickelte im vergangenen Jahre eine umfangreiche Tätigkeit. Es wurden 1 Generalversammlung, 3 Vierteljahrsversammlungen, 1 Betriebsraterversammlung mit 4 Abenden, sowie 56 Betriebs- und Gruppenversammlungen abgehalten. Die Zahl unserer Betriebsräte und Obleute in den Münchener Gemeinde-, Reichs- und Staatsbetrieben erhöhte sich auf 70 gegenüber 61 im Vorjahre. — Aus der Mitgliederbewegung ist festzustellen, daß sich die Zahl der Mitglieder im Jahre 1929 um 232 erhöhte. — Die Einnahmen für die Hauptkasse betragen

48 699 Mk., die Ausgaben 14 447,19 Mk., welche Summe hauptsächlich für Unterhaltungszwecke in Vorrat kommt. Die Einnahmen der Lokalkasse betragen 12 279,97 Mk., die Ausgaben 6 540,29 Mk., sodas ein Kassenbestand von 5 739,68 Mk. zu verzeichnen ist.

Stadttrat Schmu der wies in einer längeren Ansprache insbesondere auf die sozialen Aufgaben und Leistungen der Stadt München für ihre Arbeiter hin. Bei der Neuwahl der Vorstandschaft wurde Kollege Sauer mann als 1. Vorsitzender der Ortsgruppe gewählt und im übrigen die alte Vorstandschaft beibehalten. Außerdem erfolgte noch die Wahl von 21 Beisitzern und 60 Vertretern zum Ortsrat der christlichen Gewerkschaften Münchens. — Mit dem Appell für treue Mitarbeit im neuen Geschäftsjahre fand die imposant verlaufene Versammlung ihren Abschluß.

Neudorf. Unsere Generalversammlung fand am 18. Januar statt. Der Besuch war gut. Der Vorsitzende, Kollege Sabel, begrüßte die Anwesenden und dankte allen, die im vergangenen Jahre mitgeholfen haben, unsere Ortsgruppe zu stärken und zu festigen. Von einer guten Leitung der Ortsgruppe zeugen die im Bericht des Kollegen Sabel erwähnten regelmäßigen Vorstandssitzungen und Mitgliederversammlungen. Kollege Conrad als Kassierer gab einen Ueberblick über die Kassenverhältnisse. Aus demselben war zu ersehen, daß alle Mitglieder ohne Ausnahme ihren Verpflichtungen dem Verbands gegenüber nachkommen und bei uns keine Papiersoldaten zu verzeichnen sind. Der Zugang an Mitgliedern im vorigen Jahr betrug 18. Durch Fortzug und Tod ist ein Abgang von 9 Mitgliedern zu verzeichnen. Der neugewählte Vorstand ist folgender: Vorsitzender Kollege Sabel, Kassierer Kollege Conrad, Schriftführer Kollege Isler. Kollege Viermann ging in seinem Vortrag auf die Kämpfe des vergangenen Jahres ein. Die schwere Belastung Deutschlands durch den verlorenen Krieg und die Haltung der reaktionären Arbeitgeberkreise spielen eine große Rolle dabei. Die riesigen Arbeitslosenziffern spiegeln die Lage klar wieder. Die Finanzschwierigkeiten der Kommunen spielen auch bei unseren Lohn- und Tarifverhandlungen eine bedeutende Rolle. Trotzdem hatten wir in der Berichtszeit Erfolge zu verzeichnen. Sowohl der Lohnvertrag wie auch der Bezirksstarfvertrag und die Ruhegeldordnung konnten verbessert werden. Der Redner richtete an die Kollegen den Appell, die Arbeit nicht nur dem Gewerkschaftsführer oder dem Ortsgruppenvorstand zu überlassen, sondern jeder Kollege solle selbst aktiv an der Gestaltung seiner Verhältnisse mitarbeiten. Nur so können wir für die Zukunft das erreichen, was wir uns als Ziel gestellt haben.

Elektrische Strompreise in deutschen Großstädten

Stadt	Preis pro kWh
ALGSBURG	54
ALTONA	53
LÖBECK	50
MGLADBACH	50
KREFELD	50
WIESBADEN	50
GEMINITE	50
KÖNIGSBERG	50
STETTIN	50
MÜNSTER	48
AACHEN	48
DUSSELDORF	46
MAGDEBURG	46
DUISBURG	46
HAMBURG	45
LEIPZIG	45
DRESDEN	45
BRESLAU	45
FRANKFURT	45
HANNOVER	45
STUTTGART	45
MAINZ	45
BOCHUM	44
KASSEL	44
DORTMUND	42
MÖLHEIM	42
ERFURT	42
LUDWIGSHAFEN	42
MANNHEIM	41
KARLSRUHE	40
HALLE	40
NÜRNBERG	40
ESSEN	39
OBERRHAUSEN	39
BERLIN	34
MIEL	30
BRAUNSCHWEIG	27
PLAUE	26

ELEKTRIZITÄTSPREISE
FÜR PRIVATE
in 100 pro Kilowattstunde

Wiesbaden. In unserer letzten Versammlung hatten wir drei Jubilare zu ehren. Kollege Regelbach konnte auf eine 10jährige Tätigkeit als Vorsitzender der Ortsgruppe und die Kollegen Quell und Hüner auf eine 25- bzw. 27jährige Mitgliedschaft in der Ortsgruppe zurückblicken. Den Jubilaren auch von dieser Stelle die herzlichsten Glückwünsche.

Hannover. Unsere diesjährige Generalversammlung der Ortsgruppe fand am 16. Januar bei sehr gutem Besuch statt. Dem Jahresbericht, den der Vorsitzende, Kollege Frewer, gab, war zu entnehmen, daß unsere Ortsgruppe dank der rührigen Tätigkeit einzelner Kollegen wieder ein gutes Stück vorangekommen ist. Der Kassenbericht unseres altbewährten Kollegen Wulf zeigte eine erhebliche Steigerung der Einnahmen gegenüber dem Vorjahre. Als Kassiererevisor sprach Kollege Karl Boefcke dem Kassierer für die musterhafte und langjährige Kassienführung den Dank der Versammlung aus. Nach der einstimmig erteilten Entlastung des Kassierers dankte der Vorsitzende, Kollege Frewer, allen Vorstandsmitgliedern und Mitarbeitern für die geleistete Arbeit. Die nachfolgende Vorstandswahl ergab: 1. Vorsitzender Kollege Frewer, 2. Vorsitzender Kollege Flohr, Kassierer Kollege Wulf, Schriftführer Kollege Döring. Kollege Wellmann nahm dann das Wort zu seinem Vortrag: „Was haben die Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe im Jahre 1930 zu erwarten“. Mit einem Rückblick auf das vergangene Jahr kennzeichnete er die vermutlich kommende Entlohnung des verhärteten Widerstandes der Arbeitgeber auf dem Gebiete der Lohnpolitik. Die nicht ruhenden Angriffe auf die Sozialgesetzgebung, die verläßt sich auswirkende Belastung durch Erhöhung und Vermehrung der indirekten Steuern veranlassen uns, auf dem Vollen zu sein. Auch im kommenden Geschäftsjahr ist jeder Kollege verpflichtet, alles zu tun, was zur Stärkung der Organisation führt, um den kommenden Kämpfen gewachsen zu sein. Der Vorsitzende, Kollege Frewer, schloß mit einem Dank und Appell zur weiteren Mitarbeit die so gut verlaufene Versammlung.

Elektrische Strompreise in deutschen Großstädten.
Nach der Zusammenstellung der deutschen Städtestatistiker wurden im Jahre 1928 in 38 deutschen Großstädten, deren Elektrizitätswerke unter privater oder kommunaler Leitung standen, die in der Tabelle angezeigten Strompreise für Haushaltungen mit einer Jahresabnahme von mindestens 250 kWh unter Einrechnung der Grund-, Zähler- und sonstigen Gebühren verlangt. Für Berlin ist der neue, ab Januar 1930 bereits geltende Preis eingeleitet. Vorher errechnete sich der Durchschnittspreis für Berlin auf 28 Pfennig. Leider ist eine zuverlässige Zusammenstellung der heutigen Preise nur schwer möglich, da man von vielen Werken keine Antwort erhält, doch dürften sich seit 1928 die Preise nur in wenigen Städten geändert haben. Ein ganz anderes Bild ergibt eine gleiche Zusammenstellung der Strompreise für Betriebe, die bis zu 5000 kWh abnehmen. Ist für private Berlin die vierbilligste der angeführten Städte, so markiert die Reichshauptstadt nach ihrem neuen Tarif dann an vierter Stelle von oben gerechnet nach Kiel (39), Grlurt (32), Hannover (30), während Nürnberg (17), Dortmund (18), Karlsruhe (18), Oberhausen (18) das niedrige Ende bilden. Die meisten anderen Städte haben für die Betriebe Preise von 20 bis 28 Pfennig. Die großen Preisunterschiede sind neben der sehr verschiedenen Rentabilität der einzelnen Werke vor allem durch die hohen Beiträge bedingt, die für den allgemeinen Finanzbedarf der Städte von den Elektrizitätswerken aufgebracht werden müssen.

Innsbruck (Reichsarbeiter.) Am 19. Januar fand die Jahresgeneralversammlung statt, die von fast allen Kollegen besucht war. Kollege Kunzelmann hielt einen Vortrag über die Arbeit des Verbandes im verfloffenen Jahre. Redner wies darauf hin, daß mancher Erfolg erreicht werden konnte. Insbesondere war das Ergebnis der letzten Lohnbewegung der Reichsarbeiter ein Gradmesser gewerkschaftlichen Könnens. Unter selten großen Schwierigkeiten und Widerständen seitens der Regierung mußten die berechtigten Wünsche der Kollegen durchgesetzt werden. Außer der Erhebung besserer Lohn- und Arbeitsverhältnisse will die Organisation die geistige Weiterbildung der Arbeiterschaft. Mangel ist in dieser Hinsicht in der Vergangenheit bereits geleistet worden; mehr aber bleibt noch in der Zukunft zu tun übrig. Nur eine geistig fortgeschrittene Arbeiterschaft wird sich den Einflüssen verschaffen, welcher der zahlenmäßigen Stärke des Standes entspricht. Es ist insbesondere Aufgabe der christlichen Arbeiterbewegung, diese geistige Weiterbildung zu übernehmen, und darum ist eine weitere Verbreitung der christlichen Gewerkschaften notwendig. Nach den mit Interesse aufgenommenen Ausführungen wurde zur Vorstandswahl geschritten, die folgendes Ergebnis hatte: Vorsitzender Otto Judniska, Kassierer Friedr. Rudolph, Schriftführer Johann Haal.

Frankfurt a. M. Am 3. Januar 1930 verschied unser langjähriges treues Mitglied Kollege Heinrich Didenberger. Nicht lange sollte er sich seiner erst kürzlich erfolgten Pensionierung erfreuen. Ein Schlaganfall machte seinem Leben ein jähes Ende. Er war einer der wenigen, die schon früh den Weg zu uns gefunden haben, als die Sache der Gewerkschaften und insbesondere der christlichen Gewerkschaften große und größte Opfer von ihren Mitgliedern forderte. Didenberger hat sie immer gerne gebracht. Lange Jahre hindurch war er Vorstand unserer Ortsgruppe, welches Amt er mit Fleiß und Gewissenhaftigkeit ausfüllte. Eine zweite Generation ist in unserer Ortsgruppe herangewachsen. Sie steht tieftrauernd am Grabe dieses treuen gewerkschaftlichen Vorbildes.

Redum. Am 6. Januar hielt unsere Ortsgruppe ihre diesjährige Generalversammlung ab, die von fast sämtlichen Mitgliedern besucht war. Der Vorsitzende, Kollege Sundermann, erstattete den Jahresbericht. Bemerkenswert ist, daß uns das vergangene Jahr nach fast einjähriger Verhandlungsdauer den Abschluß des Tarifvertrages für die Gemeinbedarfer sowie die Einführung der Ruhegeldordnung brachte. Auch im Betriebsrat wurde im vergangenen Jahre erstmalig gewählt. Es kam in der Versammlung eindeutig zum Ausdruck, welche Vorteile unserer jungen Ortsgruppe aus dem gewerkschaftlichen Zusammenschluß erwachsen sind. In diesem Sinne sollte Kollege Vollmüller besonders denjenigen Kollegen seine Anerkennung, die es in die Wege geleitet haben, sämtliche Gemeinbedarfer in unsern Verbände zu organisieren. Es soll auch versucht werden, die im Kreise Redum beschäftigten Provinzial-Straßenwärter unserem Verbände zuzuführen. Die geläufige Vorstandswahl brachte die Wiederwahl des bisherigen Vorstandes. Kollege Geburz (Wiesefeld) sprach über die zu erwartende Alters- und Invalidenunterstützungskasse im Verbände. Mit dem Mahnruf an die Kollegen, das, was bisher erreicht, festzuhalten, um es im neuen Jahre weiter auszubauen, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Oberhausen. Unsere diesjährige Generalversammlung fand am 17. Januar statt. Der 1. Vorsitzende, Kollege Heinbock, gab den Geschäftsbericht vom verfloffenen Jahre. Versammlungen wurden abgehalten 6, Vorstandssitzungen 8. Den Kassenbericht gab der Kassierer, Kollege Born. Größere Zugaben erforderten der Rechtschutz und sonstige Unterstützungen. Die Mitgliederzahl betrug zu Anfang des Jahres 123, dagegen am Ende 148. Mitin ein Zuwachs von 25. Nachdem das Geschäftliche erledigt war, ging man zur Wahl des Vorstandes über. Der bisherige Vorstand wurde einstimmig wiedergewählt. Hierauf nahm Kollege Hofmann das Wort zu einem Referat: „Die deutschen Gewerkschaften“. Er schilderte die Entwicklung der deutschen Gewerkschaften seit dem Bestehen bis zur heutigen Zeit. Er hob die Ursachen hervor, die zur Gründung der christlichen Gewerkschaften geführt haben. Wenn die deutsche Gewerkschaftsbewegung keine Einheitsbewegung sei, liegt die Schuld nur an den freien Gewerkschaften. Ueber die Einführung einer Invalidenunterstützungskasse berichtete ebenfalls Kollege Hofmann. Er hob die Gründe hervor, die zur Einführung einer Invalidenunterstützungskasse führten.

Stweibrücken. (Gemeinbedarfer.) Am 18. Januar hielten wir unsere diesjährige Generalversammlung ab. Zum 1. Punkt der Tagesordnung, Jahres- und Kassenbericht, gab Kollege Burghard eine Uebersicht über die Arbeit des verfloffenen Jahres. Nach Befamntgabe des Kassenberichts wurde dem Kassierer, Kollegen Burghard, volle Anerkennung für seine muster-gültige Kassenführung ausgesprochen und ihm Entlastung erteilt. Bei der Vorstandswahl wurde der alte Vorstand wiedergewählt, und zwar der Kollege Wagner als Vorsitzender, Kollege Burghard als Kassierer und Kollege Karl Mann als Schriftführer. Zur Vertretung des Sekretärs, der in allen Fragen der Sozialversicherung wie in Tariffragen Auskunft zu geben in der Lage und dazu bereit ist, wurde der Kollege Treter bestellt.

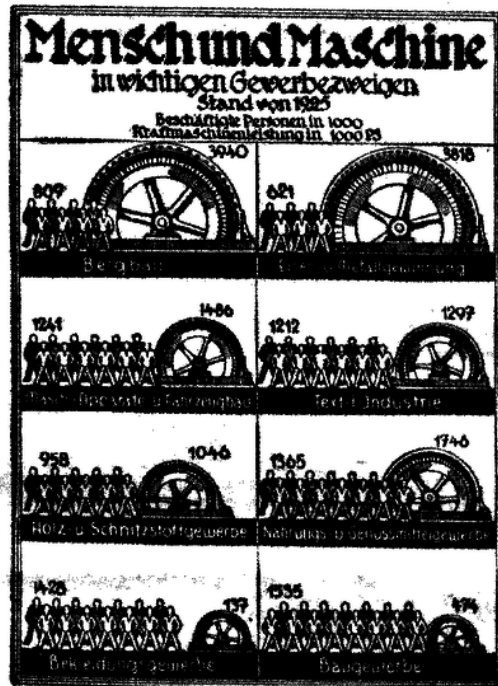
Willingen. Die Ortsgruppe Willingen besteht als selbständige Ortsgruppe nunmehr 2 Jahre. Seitdem die Gruppe ihre Selbständigkeit erlangt hat, hat sie sich innerlich gefestigt. Die Mitgliederzahl ist erfreulicherweise auf 40 angewachsen. Die Beitragszahlung durch unsere Mitglieder ist eine sehr pünktliche und gute. Die Kassenverwaltung befindet sich in recht guten Händen und ergibt der Bericht des Kassierers, daß im Jahre 1929 insgesamt 1927 Beitragsmarken abgesetzt worden sind und daß absichtlich aller genehmigten Auslagen an barem Gelde über 1000 Mk. an die Hauptgeschäftsstelle abgeführt werden konnten. An Unterstützungen wurden 157 Mk. verausgabt. Die Renwahl des Vorstandes ergab, daß mit wenigen Abänderungen der alte Vorstand wiedergewählt wurde. Die Gruppe Willingen, die ziemlich einsam auf dem hohen Schwarzwalde liegt, steht treu und fest zum Verband. Wir hoffen, den Verband im Jahre 1930 weiter zu festigen und zu stärken.

Königsberg (Pr.). Für die am 15. Januar einberufene Jahreshauptversammlung der hiesigen Ortsgruppe lag eine umfangreiche Tagesordnung vor. Dem vom Vorsitzenden, Bernstengel, erstatteten Jahresbericht ist zu entnehmen, daß die Ortsgruppe im verfloffenen Jahre einen erfreulichen Aufschwung genommen hat. Die Mitgliederzahlen konnten um über 150 Prozent gesteigert werden. Die regelmäßig abgehaltenen Monatsversammlungen brachten durch Vorträge und Aussprachen eine Fülle willkommener Anregungen auf arbeitsrechtlichem, gewerkschaftlichem, sozialem und politischem Gebiet. Ganz besonders wurde die Schaffung eines eigenen Sekretariates für Königsberg (Gesetzblatt 1) im Sommer des vergangenen Jahres begrüßt und der Hauptverwaltung in Köln dafür der Dank der Versammlung ausgesprochen. Der vom Kassierer, Kollegen Reimann, erstattete Kassenbericht ließ ebenfalls eine gesunde Entwicklung der Finanzverhältnisse erkennen. Die durch Jettelwahlen vorgenommene Renwahl des Vorstandes ergab mit einigen Abweichungen die alte Zusammensetzung. Ein deutlicher Beweis dafür, daß es bei Vorstand vorhanden hat, während seiner Amstättigkeit sich das Vertrauen der Mitglieder zu erwerben. Gewählt wurden zum 1. Vorsitzenden Bernstengel, 1. Schriftführer Reiter, Kassierer Reimann. Bezirksleiter Kugelmann hielt darauf einen Vortrag, in dem er besonders auf die günstige Entwicklung der Gesamtorganisation und im Bezirk hinwies. Drei Ortsgruppen konnten

im Berichtsjahr neu gegründet werden, und alle Ortsgruppen berichten von einem erfreulichen Mitgliederzugang. Nach Beantwortung einiger Anfragen und Aussprache über einige Betriebsangelegenheiten wurde die interessant und anregend verlaufene Versammlung mit der Auforderung, auch im neuen Jahr weiter zum Ausbau der Bewegung beizutragen, geschlossen.

Kaufbeuren. In der am 19. Januar stattgefundenen Generalversammlung erstattete Kollege Guggemos den Geschäfts- und Kassenbericht. Daraus geht hervor, daß sich die Mitgliederzahl im Berichtsjahre um das Doppelte erhöht hat. 4 Versammlungen und zwei Vorstandssitzungen wurden abgehalten. — Die tariflichen Erneuerungen wurden teilweise erst nach einigen Vorstellungen des Bezirksleiters durchgeführt. — Die Einnahmen der Hauptkasse betragen 401,85 Mk., die Ausgaben 118,38 Mk. Der Totalkassenbestand weist am Schluß des Jahres einen Betrag von 48,62 Mk. auf. — Die neue Vorstandschaft setzt sich zusammen aus dem Kollegen Guggemos als Vorsitzenden, Ebner als Kassierer und Goldbrunner als Schriftführer. Kollege Sauer mann - München berichtete über die Arbeiten des Verbandes im abgelaufenen Geschäftsjahre und ging auf die Erneuerung des Tarifvertrages ein.

Memmingen. In der von nahezu allen Kollegen besuchten Generalversammlung gab Kollege Spettenhuber den Geschäftsbericht und Kollege Biele den Kassenbericht. Aus den Berichten geht hervor, daß eine verhältnismäßig lebhaftere Verbandstätigkeit entfaltet wurde und daß die Versammlungen fast immer vollzählig besucht waren. Die Mitgliederzahl hat sich gut entwickelt, an die Zentrale konnte der Betrag von 368,12 Mk. eingeleitet werden, und der Totalkassenbestand beträgt 61,99 Mk. — Stadtrat Mayrhoß ging auf einige lokale Angelegenheiten ein und hoffte auf eine noch stärkere Entwicklung der Ortsgruppe. Er stellte seine Bereitwilligkeit in Aussicht, unsere Kollegen — soweit als möglich — zu unterstützen. Aus der Vorstandswahl gingen hervor: Der Kollege Spettenhuber als Vorsitzender, Kollege Biele als Kassierer, Kollege Dreber als Schriftführer. In seinem Referat zeichnete Kollege Sauer mann - München ein Bild der wirtschaftlichen, sozialen und tariflichen Lage, das eine lebhafteste Aussprache auslöste.



Mensch und Maschine. Mensch und Maschine, Geist und Technik, das sind Probleme, die unserer Zeit zu lösen aufgegeben sind. Vor allem für unsere Jugendbildner ist diese Frage von großer Wichtigkeit. Wieviel Tausende Menschen sind notwendig, um heute — bei fortgeschrittener Nationalisierung — den Produktionsbergang in den einzelnen Gewerbebezügen aufrecht zu erhalten. In Berg- und Hüttenwerken ist der Transport, das Herkleinern und das Losbrechen der Kohlen und Gesteinsmassen heute mechanisiert. Anders ist es in der Maschinen-, Textil- und Holz-Industrie, wo Tausende von gelehrten Spezialarbeitern notwendig sind, um die Spezialmaschinen zu bedienen. Im Handgewerbe, sowie in der Bekleidungsindustrie ist die Zahl der verwendeten Maschinen noch gering und wird sich in der letzteren auch schwerlich noch sehr vergrößern lassen, da es sich hier um Artikel, die sich nach dem Geschmack der einzelnen Individuen richten, handelt. Eine Sonderstellung nimmt das Nahrung- und Genussmittelgewerbe heute noch ein, wo die Mechanisierung erst am Anfang steht und die Einführung der gerade hier die Lebenshaltung verbilligenden Maschinen sehr zu beschleunigen ist.

Birmasens. Am 5. Januar fand unsere ordentliche Mitglieder-
 versammlung statt, die trotz des großen Sporttages in Birmasens recht gut
 besucht war. Kollege Schieler eröffnete und leitete die Versammlung.
 Unser Sekretär, Kollege Sauer-Mannheim, sprach über unsere zu-
 kunft. Er berichtete über die Tätigkeit der Ortsgruppe im Ver-
 ratswahnen. Dabei mühten auch die wirtschaftlichen und finanziellen
 Verhältnisse des Reiches, der Länder und der Gemeinden behandelt
 werden. Wertwürdig berührt es die Arbeiter, Angestellten und unteren
 Beamten, daß die Sparwit stets bei den ohnehin ungenügend bezahlten
 Personen Abträge und Einsparungen vornehmen will, während bei den
 gut bezahlten Oberdiensten keine Einschränkungen und Sparmaßnahmen
 bemerkt werden. Der Redner schilderte kurz die Arbeiten unseres Ver-
 bandes, die entweder Verbesserungen für die Arbeitnehmer bezwecken
 oder dazu dienen, Verschlechterungen abzuwehren. In Birmasens ist
 der sozialdemokratische Einfluß im Stadtrat zurückgedrängt worden.
 Unsere Aufgabe muß es sein, in allen bürgerlichen Parteien Verstand-
 nis für die Notlage der Arbeiterklasse zu wecken. Wir dürfen aber auch
 nicht unterlassen, in den uns nahestehenden Parteien mitzuarbeiten,
 weil wir anderenfalls ohne Einfluß bleiben würden. Mit der Bitte,
 auch im neuen Jahre weiter an dem Ausbau unseres Verbandes zu
 arbeiten, schloß der Redner seinen Vortrag. In der Aussprache wurden
 die Ausführungen in recht beachtlicher Weise ergänzt. Ein Kollege trat
 zu unserem Verbands über. Kollege Schieler wünschte in seinem Schluß-
 wort, daß der neue Kollege sich in unserem Verband recht heimlich
 fühlen und ein treuer Mitkämpfer werden möge. Er dankte den Mit-
 gliedern und den erschienenen Frauen und wünschte, daß die Frauen
 unserer Kollegen ständige Gäste in unseren Versammlungen werden
 möchten.

Linn. In den letzten Wochen des vergangenen Jahres ist es unserm
 Verbands gelungen, auch in Linn, der Stadt „ohne Gleichen“, unter den
 Reichs- und Gemeindefunktionären Fuß zu fassen. Zu der am 14. Januar
 stattgefundenen 1. Mitgliederversammlung konnte der Vorsitzende, Kol-
 lege Sieries, die Kollegen Kuntzelmann und Samann begrüßen. Nach
 Erledigung der ersten Punkte der Tagesordnung, die organisatorischer
 Art waren, hielt Kollege Kuntzelmann einen Vortrag, in dem er den
 Wert und die Notwendigkeit christlich-nationaler Gewerkschaften klar
 herausstellte. Seinen aufmerksam angehörten Ausführungen schloß sich
 eine Aussprache an, in der von einigen Kollegen besonders betont wurde,
 daß sie es sehr begrüßen, nun auch in Linn sich einer gewerkschaftlichen
 Organisation auf christlicher und nationaler Grundlage anschließen zu
 können. Nachdem noch die rechtswidrige Entlassung eines Kollegen und
 die dabeiutage getretene merkwürdige Stellungnahme des sozialistischen
 Betriebsratsvorsitzenden, die einmütig verurteilt wurde, sowie die weite-
 ren Agitationsmöglichkeiten in Linn besprochen waren, schloß der Vor-
 sitzende die interessante und ausregend verlaufene erste Versammlung der
 neuen Ortsgruppe.

Münster (Westf.). Am 19. Januar hielt unsere Ortsgruppe ihre
 äußerst stark besuchte Generalversammlung ab. Aus dem vom Vor-
 sitzenden, Kollegen Jousien, erstatteten Jahresbericht war zu ersehen,
 daß in der Ortsgruppe tüchtige gewerkschaftliche Arbeit für alle im
 Zentralverband vereinigten Spezialgruppen wie Gemeindefunktionäre,
 Straßenbahner, Reichsarbeiter, Schulhausmeister, Krankenpfleger ge-
 leistet worden ist. Im Stadtverordnetenkollegium ist der Zentralver-
 band mit 2 Mitgliefern vertreten. Auch in verschiedensten anderen Kör-
 perschaften sind Mitglieder des Zentralverbandes tätig; so im Arbeits-
 gericht, Arbeitsamt, Schlichtungsausschuß, Jugendgericht, Krankenkasse,
 Oberversicherungsamt usw. Der Kassierer, Kollege Girard, bewies in
 der Erstattung des Jahresklassenberichts das ständige Aufsteigen der
 Ortsgruppe auch nach der finanziellen Seite. Bei einer Jahreseinnahme
 von 24 908,45 M. und einer Ausgabe von 7 694,49 M. konnte die
 Ortsgruppe den Betrag von 17 213,96 M. an die Hauptverwaltung
 abliefern. An 208 Mitglieder wurden im Berichtsjahre rund 2450 M.
 Krankengeld gezahlt, an Sterbegeld kamen rund 520 M. zur Aus-
 zahlung; für Bildungszwecke, Betriebsratstagungen, Konferenzen, Ver-
 sammlungen, Reichstags usw. wurden rund 2000 M. verausgabt; auch
 der Wohlfahrtsauschuß ist mit besonderen Beträgen bedacht. Die Mit-
 gliederzahl beträgt gegenwärtig über 800.

Unter der Leitung des Bezirksleiters, Kollegen Horkmann, ging die
 Vorstandswahl glatt von statten. einstimmig wurden die Vorstandsmit-
 glieder gewählt: Vorsitzender blieb Kollege Jousien, Kassierer Kollege
 Girard, Schriftführer Kollege Holm.
 Nachdem noch die Kollegen Kemmer und Horkmann die Anwesenden
 auf die Notwendigkeit härtesten gewerkschaftlichen Zusammenschlusses
 aufmerksam gemacht und Kollege Girard auf die bevorstehenden Be-
 tribsratswahlen hingewiesen, schloß der Vorsitzende mit nochmaligem
 Dank für geleistete Mitarbeit und mit der Bitte um weiteres reges
 Interesse die einmütig und harmonisch verlaufene Versammlung.

Kallertkanten. Unsere am 15. Januar stattgefundene Versammlung
 der Gemeindefunktionäre beschäftigte sich mit verschiedenen Mischständen in
 den köstlichen Betrieben, mit der Besetzung ständiger städt. Arbeits-
 stellen und mit der Neuschaffung von ständigen Stellen. Bisher ist sel-
 tend der Direktion des Elektrizitätswerkes eingeführt, daß junge Kol-
 legen etwa zwei Jahre lang als Hilfsarbeiter zur weiteren Ausbildung
 beschäftigt werden. Die Kollegen müssen eine Erklärung unterschreiben,
 daß sie nicht ständige Arbeiter seien. Sie werden, obwohl sie eine or-
 dentliche Bezahlung durchgemacht und die Gesellenprüfung abgelegt haben,
 als Hilfsarbeiter bezahlt. Wir betrachten dies als Ausnützung der Not-
 lage dieser jungen Kollegen, die den guten Sitten widerspricht. Auch im
 Gesamtbereich herrschen insofern Mischstände, als einige sozialdemokratisch
 organisierte Werksangehörige, darunter der Obmann des Betriebsrates,
 direkt den Überstunden und der Sonntagsarbeit nachjagen und nie
 genug Arbeitsstunden bekommen können. Wenn herausgehobene Führer
 des sozialdemokratischen Verbandes so handeln, dann braucht man sich
 nicht wundern, wenn die Arbeitszeit von der Belegschaft nicht eingehalten
 wird. Hoffentlich gelingt es unserem Verband, die verfahrenen
 Dinge in Wäde zu ordnen. Dazu ist Einigkeit der Kollegen und weitere
 Stärkung unseres Verbandes erste Voraussetzung. Zwei Kollegen
 traten unserem Verbands neu bei.

Münster (Westf.). Die Sektionen der Straßenbahner,
 Reichsarbeiter und Schulhausmeister, welche klassen-
 technisch zwar zur Gesamtgruppe Münster gehören, jedoch ihren eigenen
 Vorstand wählen und auch besondere Versammlungen abhalten, haben
 in ihren gleichfalls im Januar stattgehabten Generalversammlungen
 ihre bisherigen Vorstehenden einmütig wiedergewählt. Für die Straßen-
 bahner ist dies Kollege Otte, für die Reichsarbeiter Kollege Nieber,
 für die Hausmeister Kollege Göllmann. Auch die Jahresberichte dieser
 besonderen Berufsabteilungen zeigen gute gewerkschaftliche Arbeit und
 andauerndes Aufsteigen der Mitgliederzahl.

Büchertisch

Die deutschen Theater und ihre Arbeiter betitelt sich eine Schrift,
 die Ernst Staenke, Syndikus des Reichsarbeiterverbandes deutscher
 Gemeinden und Kommunalverbände e. V., in der Schriftenreihe dieses
 Verbandes (Heft 15) herausgegeben hat. Es bildet eine gute Ergänz-
 ung zu Heft 13 derselben Schriftenreihe. Der Verfasser behandelt in
 kurzer, prägnanter Weise den Begriff des Theaterarbeiters; die beson-
 deren arbeitsrechtlichen Gesetznormen für die Theater und ihre Arbeiter
 und schließlich die Tarifverträge für Arbeiter von Privattheatern und
 von öffentlichen Theaterunternehmungen. So erhält man einen guten
 Einblick in die recht schwierigen und eigenartigen Verhältnisse der
 Theaterarbeiter und deren tarifliche Regelung. Der Preis der Schrift
 beträgt 1,50 M. Sie kann durch die Hauptverwaltung Köln, Jülicher
 Straße 27, bezogen werden.

**Notgeber für die Zusatzversorgung der Arbeiter bei dem Reichs- und
 Landesbedienen.** Gemeinverständlich dargestellt und erläutert von Max
 Schröder, Ministerialrat im Reichsarbeitsministerium. 104 Seiten.
 Verlag Friedrich V. Wöhrle in Leipzig C. 1, Königstr. 26 B. Einzel-
 preis 2,60 M. kartoniert, bei Partiestellungen von 10 Stück am
 Ermäßigungen.

Von berufener Seite wird hier eine gründliche systematische, aber
 leicht verständliche Darstellung der Zusatzversorgung der Arbeiter ge-
 geben als Gegenstück der bereits überaus reichhaltig aufgenommenen Ar-
 beit des gleichen Verfassers über die Zusatzversorgung der Angestellten.

Es wird zunächst behandelt Entstehung und Zweck der Zusatzver-
 sorgung, dann Umfang, Personenzirkel, Beitragszahlung, Leistungen, Ver-
 fahren und Organisation. Ueberall wird am Rand auf die einschlägigen
 Paragraphen der Satzung der Zusatzversorgungsanstalt, der Abkommen
 mit den Organisationen der Arbeitnehmer usw. verwiesen, und diese
 Bestimmungen sind dann in dem umfangreichen Anhang wörtlich ab-
 gedruckt.

Das Werk gewährleistet eine rasche und sichere Orientierung über
 alle einschlägigen Fragen. In keiner Ortsgruppe, in der Reichs- oder
 Staatsarbeiter organisiert sind, sollte das Büchlein fehlen.

Kind und Genossenschaft. Der Reichsverband deutscher Konsum-
 vereine hat schon immer dem Kind seine besondere Aufmerksamkeit
 zugewandt. Er hat als erste Konsumgenossenschaftliche Organisation
 des Kontinents ein besonderes Kinderblatt geschaffen, hat Lehr-Kinder-
 feste veranstaltet usw., und jetzt hat er ein besonderes Konsumgenossen-
 schaftliches Kinderbuch herausgegeben.

Das Buch ist von J. Greven unter Mitarbeit von E. Reu-
 necke, A. Kuhl, G. Filling herausgegeben. Die Bilder stammen
 von dem Kölner Künstler Hein Köder.

Die Ausstattung des Buches ist sehr geschmackvoll, der Text reich
 illustriert, die Bilder sind in Dreifarbedruck gehalten. Die ersten drei
 Beiträge sind in Gedichtform gehalten. Die Gedichte heißen: „Ein Tages-
 lauf“, „Im Knaben-Sportverein“, „Auf der Spielwiese“ und zeichnen
 sich durch stimmungsvolle und in der Kinderwelt beliebte Darstellung
 aus. Der vierte Beitrag ist ein Prosastück von Grete Filling und ist
 betitelt „Die beiden Körbe“. Es dürfte nicht nur den Jungen, sondern
 auch den Alten gefallen.

Im Ganzen gesehen, ist das Kinderbuch ein wert-
 volles Stück für die genossenschaftliche Werbe-
 arbeit in der Kinderwelt.

Gedentafel



Gestorben sind die Kollegen:

Nil. Wiedel, Nürnberg	25. 11. 1929
Josef Gei, Augsburg	21. 12. 1929
Herrn. Fleischer, Berlin	22. 12. 1929
Kang. Keller, Neuß	25. 12. 1929
Franz Ott, Wehringen	25. 12. 1929
Heinz Franke, Wiedenbrück	26. 12. 1929
Jakob Klein, Bonn	27. 12. 1929

Ehre ihrem Andenken!

Redaktion u. Verlag: Heinrich Eidmann, Köln, Jülicher Str. 27,
 Rotationsdruck: Kölner Görres-Haus, G. m. b. H., Buchdruckerei,
 Köln, Reumarkt 12a-24.